



## Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

In diesen Tagen denke ich immer wieder an meine beiden Großeltern. Sie waren Zeitzeugen des 2. Weltkrieges und damit der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten ausgesetzt. Während mein Großvater mit seinem amputierten Bein von den Grausamkeiten des Krieges berichtete, erzählte mir meine Großmutter von ihrer Jugend im Dritten Reich: Über die Unterdrückung von Meinungen, über die Angst etwas »Falsches« zu sagen, aber auch über den typischen Alltag. Während meiner Kindheit und meiner Jugend hörte ich viele ihrer Geschichten und konnte mir nie vorstellen, wie es jemals zu diesen Zuständen in Deutschland kommen konnte.

Wie fühlte es sich an, mit 19 Jahren in den Krieg zu ziehen – immer in der Angst zu sterben oder töten zu müssen? Wie wird man damit fertig, dass Nachbarn und Freunde zuerst angefeindet, dann ausgegrenzt und schließlich ermordet wurden? Was ich mir allerdings gar nicht vorstellen konnte ist, dass solcher Hass in unserer Gesellschaft je wieder Platz finden würde.

Doch: Dieser Hass ist wieder da, und das nicht erst seit 2015. Mitmenschen werden wieder als Feinde tituliert, werden ausgegrenzt und gejagt. Willkommen im Jahr 1933.

Zugegeben, ein trauriges und düsteres Bild. Aber keine Sorge: Ich bin optimistisch. Besonders unter jungen Menschen beobachte ich, wie der Widerstand gegen Nationalismus und Rassismus rasch wächst. Weil sie erkennen, dass es eine Zukunft nicht im Gegeneinander, sondern nur im Miteinander gibt. Heute sind wir aufgerufen zu zeigen, was wir anders machen können als unsere Großeltern und Urgroßeltern. Was uns Freiheit, Sicherheit und Frieden wirklich wert sind. Ob die Ideale, auf denen unser friedliches Zusammenleben beruht: »Gleichheit, Solidarität und Respekt« wirklich mehr sind als nette Wörter in Sonntagsreden. Wir können zeigen, dass wir diese Ideale leben und dafür streiten und kämpfen.

Wir können vorleben, dass wir aus der Geschichte gelernt haben. Und deswegen ist genau jetzt die Zeit gekommen, Farbe zu bekennen, die eigene Stimme für unsere Demokratie zu erheben und Mitglied einer ökologischen, demokratischen und liberalen Partei zu werden!

Die anderen wichtigen Themen und Herausforderungen verlieren wir dabei sicher nicht aus den Augen. Deswegen freue ich mich sehr, dass in dieser Ausgabe der GRÜNS die Themen Klimawandel und Kommunalwahlen 2019 im Fokus stehen. Ich hoffe, ihr habt auch mit dieser Ausgabe unserer GRÜNS wieder viel Spaß und erhaltet einige interessante Ideen und Impulse.

Euer

*H. Cowbach*

## Klimakrise: Deutschland ist kein Mutmacher mehr

Der Appell des UNO-Generalsekretärs ist ein Weckruf. Er richtet sich gegen die Vogel-Strauß-Mentalität und Wissenschafts-Ignoranz zu vieler nationaler Regierungen, die nicht be-

stehenden Ziele nahezu unmöglich macht.

Die Konferenz von Bangkok hat ansonsten die problematische Haltung der Industrieländer bei ihren Zusagen zum Klimaschutz zwischen 2020 und 2025

und danach verdeutlicht. Zum einen muss auch die Bundesregierung jetzt endlich abbilden, wie sie ihren Teil zu den insgesamt zugesagten 100 Milliarden US-Dollar beitragen will. Zum anderen geht bei den Klimafinzen der Großen Koalition grundsätzlich einiges durcheinan-



der: hohen Einnahmen aus dem Emissionshandel stehen große Unsicherheiten und finanzielle Risiken aufgrund der gerissenen nationalen EU-Klimazielen im so genannten Non-ETS-Bereich – im Milliarden-Bereich – gegenüber. Hinzu kommt der Energie- und Klimafonds als Verschiebebahnhof, in dem die Bundesregierung zunehmend nicht abgerufene Gelder parkt. Diese Gelder müssen aber zur Bekämpfung der Klimakrise mobilisiert werden.

Abgesehen davon muss die EU als Ganzes rechtzeitig zur Kattowitz-Konferenz ihre Ziele zum Klimaschutz, die so genannten NDCs, erhöhen. Der zaghafte und für sich genommen leider auch unzureichende Vorschlag der EU-Kommission wird aber gerade noch zusätzlich von Kanzlerin Merkel und Umweltministerin Schulze torpediert. So wird sich die EU, und ganz besonders Deutschland, in Kattowitz blamieren und der Klimakrise nichts entgegensetzen.

Zu Recht fokussiert Guterres das Klimaziel für 2020. Ein wichtiger Zeithorizont, über das auch die Bundesregierung gerne hinweggeht, weil es sie an ihre eigene Zielverfehlung von rund 20 Prozent erinnert. Die Große Koalition konzentriert sich lieber auf spätere Jahrzehnte, statt jetzt eine ökologische Verkehrs- oder Landwirtschaftswende einzuleiten. Das ist unverantwortlich. Und es macht die Erreichung späterer, ambitionierterer Ziele auch nicht leichter. Wir müssen jetzt den Treibhausgasausstoß in die Atmosphäre drosseln und nicht in 2030 bejammern, dass der zwischenzeitliche Ausstoß die Erreichung der dann an-

Lisa Badum, MdB, Sprecherin Klimapolitik

# Ein Jahr Bundestag: Eine Zwischenbilanz

Es hat gedauert, bis der parlamentarische Alltag eingeleitet ist. Es kam doch zu einer großen Koalition. Eine Koalition, die in den letzten Wochen vor der Sommerpause fast auseinandergebrochen wäre. Die egozentrischen Alleingänge der CSU hinterlassen verstörende Eindrücke bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland und Europa. Die SPD verhielt sich zu dieser Auseinandersetzung seltsam passiv.

Die Irrungen und Wirrungen um die Regierungsbildung haben die Zuordnung der Fachgebiete innerhalb der Fraktion lange verzögert. Inzwischen bin ich als Sprecherin für Bildung und Medien und Expertin für Digitale Infrastruktur etabliert. Die Arbeit der Bundesregierung geht dagegen nur sehr zäh voran.

Ich habe mich an die parlamentarische Arbeit gemacht und unter anderem Anfragen zu digitaler Bildung, inklusiver Bildung und dem Nationalen Bildungsrat erarbeitet.

Wir begleiten weiterhin kritisch die bisher unglücklichen Bemühungen der Regierung, das Kooperationsverbot zu lockern, den Digitalpakt Schule nach Jahren der Ankündigung endlich umzusetzen und mit Geld zu hinterlegen oder auch neue Gremien der Bildungszusammenarbeit einzuführen.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters, konzentriert sich hauptsächlich auf ihr Prestigeobjekt, das Humboldt-Forum in Berlin. Sie tritt ohnehin fast ausschließlich im kulturpolitischen Kontext in Erscheinung. Medienpolitische Impulse sind daher von dieser Regierung nicht zu erwarten.

## Deutsche Welle

Im Bundestag hat uns medienpolitisch in den letzten Monaten vor allem die Aufgabenplanung der Deutschen Welle für die Jahre 2018 bis 2021 beschäftigt. Dem Auslandssender wurde der Etat angehoben. Für die Vielfalt der Aufgaben der Deutschen Welle braucht es in Zukunft dringend eine Verstärkung der Mittel, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig planen können.

Die Deutsche Welle sollte sich gemäß ihres Auftrags weiterhin auf ein demokratieförderndes Programm in der Breite konzentrieren. Breaking News und Elitenprogramm passen nicht zur DW. Auf die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags werde ich im Rahmen meiner parlamentarischen Arbeit weiterhin pochen.

## Pressefreiheit

Der Einsatz für die Pressefreiheit wird vor dem Hintergrund der zunehmenden Einengung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume (Shrinking Spaces)



und der Bedrohung, Inhaftierung und Ermordung von Journalistinnen und Journalisten in Europa immer wichtiger. Reporter ohne Grenzen ist hier ein wichtiger Partner. Die Bundesregierung bekundete auf mehrere meiner Anfragen immer den guten Willen, sich für den Schutz verfolgter Medienschaffender einzusetzen. Doch de facto passiert nicht viel. Es wird Zeit, dass es deutliche Visa-Erleichterungen für Journalistinnen gibt und sich endlich ein UN-Sonderbeauftragter des Themas annimmt.

Wie sehr Meinungs- und Pressefreiheit gefährdet sind, konnte ich persönlich bei der Prozessbeobachtung in Ankara erleben. Wie die Prozesse gegen Özlem Eylem Tuncaelli und Naci Sönmez, beide Co-Sprecher der Partei der Grünen und linken Zukunft, sowie Meşale Tolu enden werden, ist nicht abzusehen.

Auch in Deutschland steht es nicht besonders gut um die Wertschätzung der Pressefreiheit, das haben u.a. Vorkommnisse in Dresden, Chemnitz und auch in Stuttgart gezeigt. Im Hinblick auf die wichtige Rolle einer freien Presse in einer funktionierenden Demokratie macht mir das Sorgen.

Vor dem Hintergrund von Fake News und Desinformation nimmt die Bedeutung der Medienkompetenz von Bürgerinnen und Bürgern zu. Auch hier gibt es auf Bundesebene wenig Erbauliches. Eine kohärente Strategie fehlt.

## Digitalisierung

Für die Digitalisierung hat die GroKo leider ebenfalls keine Strategie. Im neu initiierten Digitalkabinetts diskutiert man über künstliche Intelligenz, ohne vorher überhaupt bei der Grundlage, dem Infrastrukturausbau, die schon seit langem anstehenden Hausaufgaben abzuwickeln. Es bleibt bei einer Ankündigungspolitik.

Nach einer Neubesetzung des Verkehrsministeriums wird vom neuen Minister Scheuer über die verfehlten Breitband-Ausbauziele gesprochen, als hätte die Regierung damit nichts zu tun. Unsere Vorschläge zur Neuordnung und Bündelung von Zuständigkeiten in einem eigenen Digitalministerium werden abgeblockt. Beim Breitbandausbau musste das Verkehrsministerium auf eine meiner Anfragen einräumen: von über drei Milliarden Euro beantragter Fördermittel sind gerade einmal ein Promille, also 3 Millionen Euro in die Umsetzung geflossen. Die möglicherweise durch unsere Anfrage ausgelöste Änderung der Förderbedingungen soll Genehmigungszeiten verkürzen und den Mittelabfluss verbessern. Wir werden genau beobachten, ob die Realität dem Anspruch gerecht wird.

## 5G-Lizenzen

Auch die 5G Lizenzvergaben verzögern sich. Die Kriterien sind noch nicht festgelegt. Es ist höchst umstritten, ob die Bundesnetzagentur den Rahmen tatsächlich so vorgibt, dass der Ausbau in der Fläche und ein ordentlicher Wettbewerb gewährleistet sind.

Ein Blick außerhalb mein Tätigkeitsfeld: ich habe den Eindruck, wichtige Aufgaben werden vertagt. Bei Bildung werden Kernfragen wie bessere Strukturen, bzw. Strategien in einen Nationalen Bildungsrat oder Ausbildung in eine Enquete verschoben, für Digitales gibt es neben der verteilten Zuständigkeiten jetzt auch das Digitalkabinetts, also noch eine Diskussionsrunde. Drängende Maßnahmen der Energiewende werden vertagt, bis z.B. die Kohlekommission vielleicht zu Ergebnissen kommt. Parallel werden aber Tatsachen im Hambacher Forst geschaffen. Verkehrswende ist im BVMI nach wie vor ein Fremdwort, dort schafft man es nicht einmal, dem Betrug an den Autokäufer\*innen und der Gesellschaft mit der Verpflichtung zur Hardwarenachrüstung oder Bestrafung entgegen zu treten.

Margit Stumpp, MdB

## Hambacher Forst

**R**WE beharrt auf seinem Recht, planmäßig den Braunkohletagebau Hambach zu erweitern. Dazu müssen aus Sicht der RWE im Oktober 100 Hektar der verbliebenen 200 Hektar Wald gerodet werden. Seit mehreren Jahren leben dort Menschen in einem Camp, um dies zu verhindern. Der BUND fordert RWE und die Landesregierung von NRW auf, diese Rodung zumindest solange zu stoppen bis die Kohlekommission ihre Ergebnisse erarbeitet hat. Was können wir im Kreis Heidenheim tun?

Jeder kann etwas dagegen tun. Zum Beispiel die Online Petition vom BUND unterzeichnen. Falls es Ende September/Anfang Oktober eine gewaltfreie Demonstration gibt, ist eine Teilnahme absolut sinnvoll. Es wäre wünschenswert, wenn der Hambacher Forst ein „Wackersdorf der Braunkohleindustrie“ würde. Zur Erinnerung: Der erfolgreiche Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf war in den 1980-ern der Anfang des Ausstieges aus der Atomkraft in Deutschland. *Thomas Uhl*

## Aktien gegen Monsanto

**D**urch den Kauf von einer Aktie von BAYER wird man zum Miteigentümer von Monsanto. Damit hat man das Recht, an Hauptversammlungen, z.B. am 26.4.2019 in Leverkusen teilzunehmen. Dort kann man in Gemeinschaft mit einer Vielzahl von kritischen Aktionären seinen Protest gegen die tier- und menschenfeindliche Pestizidindustrie ausdrücken. Ich habe zwei Aktien gekauft und werde auf jeden Fall diesen Termin wahrnehmen. Ich würde mich freuen, wenn Leser\*innen des GRÜNS sich an dieser Aktion beteiligten und wir eine größere Gruppe in Leverkusen wären. *Thomas Uhl*

## Grüne Abgeordnete sehen neue Perspektiven für Brenz- und Donautalbahn

**I**n der Diskussion um die Zukunft der Brenz- und Donautalbahn fordern die Grünen-Landtagsabgeordneten Martin Grath (Heidenheim) und Jürgen Filius (Ulm) neue Antriebssysteme der Züge bis zu einer möglichen Elektrifizierung der Strecken.

„Langfristig brauchen wir die Elektrifizierung der Brenz- und Donautalbahn. Doch dies ist ein langer Weg. Deshalb wollen wir bis dahin alternative Antriebe auf diesen Strecken vorantreiben“, betonen Grath und Filius.

Die beiden Landtagsabgeordneten zitieren aus einer Antwort des Verkehrsministeriums auf einen aktuellen Antrag der Grünen: Danach wäre eine Modernisierung der Dieselflotte des künftigen Betreibers Hohenzollerische Landesbahn (HzL) mit Hybridzügen möglich. „Die neuen Züge stoßen 35 Prozent weniger CO2 aus, sind leiser und energieeffizienter“, sagen die Abgeordneten. Auch elektrische Antriebe auf Wasserstoffbasis kä-

men durchaus in Betracht.

Die Antwort des Verkehrsministeriums gibt auch Auskunft über die Entwicklung der Fahrgastzahlen. Da die Fahrgastzahlen in den letzten sechs Jahren stagnieren, begrüßen die beiden Landtagsabgeordneten weitere Taktverbesserungen mit Neufahrzeugen, die das Land ab Juni 2019 umsetzen wird. Ein attraktives Angebot sei die wichtigste Voraussetzung, um mehr Menschen vom Auto auf die Schiene zu bringen, so Grath und Filius. Die Züge ermöglichen einen niveaugleichen Ein- und Ausstieg an allen Bahnsteigen mit 55 Zentimetern Höhe. Zudem seien die Fahrzeuge mit Klapperrampen für Rollstuhlfahrer ausgestattet und verfügen über Klimaanlage und bis zu 18 Fahrradabstellplätzen.

„Vom verbesserten Angebot werden viele Schülerinnen und Schüler sowie Pendlerinnen und Pendler profitieren“, so die Abgeordneten. Graths Fazit: „Natürlich freue ich mich, dass sowohl in der Regi-

on als auch im Verkehrsministerium eine höhere Priorität für eine Elektrifizierung der Brenzbahn gesehen wird.

Zusammen mit der Regio-S-Bahn Donau-Iller und den notwendigen Infrastrukturausbauten könnte das einen richtigen Schub für den Schienenverkehr in der Region geben. Allerdings wissen wir immer noch nicht, wie der Bund seine Versprechungen aus dem neuen Gro-Ko-Vertrag umsetzen will. Das muss jetzt endlich kommen, damit wir nicht ins Blaue hinein planen, sondern endlich konkret werden können.“ *Wahlkreisbüro Martin Grath*



## Neues Amt für Grath beim Verbraucherschutz

**M**artin Grath (Grüne) ist bei der Mitgliederversammlung der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg in den fünf-köpfigen Verwaltungsrat gewählt worden.

„Verbraucherbildung und Ernährung sind meine politischen Schwerpunkte. Nie waren die Verbraucherzentralen so wertvoll wie heute. Sie leisten wichtige Arbeit im Gebiet der Altersvorsorge, der Versicherungen aber auch beim Wohnen,



Energieversorgung und Bauen“, betont der verbraucherpolitische Sprecher seiner Landtagfraktion, der sich über seine neue Aufgabe freut.

Verbraucherzentrale-Chefin Cornelia Tausch und Martin Grath Mdl., verbraucherschutzpolitischer Sprecher der Grünen. Grath tritt die Nachfolge von Thekla Walker an.

Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand und beruft ihn ab. Er überwacht die Tätigkeit des Vorstands und nimmt die Rechte und Interessen der Gesamtheit der Mitglieder außerhalb der Mitgliederversammlungen wahr. Außerdem hat er das Recht, vom Vorstand und allen Mitarbeitern der Verbraucherzentrale jederzeit Auskunft und Akteneinsicht zu verlangen. *Landtagsbüro Martin Grath*

# Umweltstaatssekretär Dr. Andre Baumann auf Sommertour im Brenztal

Seine Sommertour rund ums Thema Wasser und Gewässer führte Umweltstaatssekretär Dr. Andre Baumann in den Wahlkreis des grünen Landtagsabgeordneten Martin Grath. Mit dem Rad ging es entlang der Brenz von Heidenheim bis nach Königsbronn zu ihrem Ursprung. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger und Interessierte reihten sich ein. In Heidenheim war Oberbürgermeister Ilg und in Königsbronn Bürgermeister Michael Stütz dabei.

## Start bei Voith Hydro

„Baden-Württemberg ist seit Jahrhunderten das Land der Wasserkraftnutzung und das soll auch so bleiben“, sagte Baumann. Grath und Baumann haben sich für eine Nutzung der Wasserkraft in Baden-Württemberg ausgesprochen, die einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leiste. Beide zeigten sich dankbar, dass mit VOITH ein Weltmarktführer in Sachen



Bei Voith, von li: Ralf Burbaum (Head of Small Hydro bei Voith Hydro), MdL Martin Grath, Staatssekretär Dr. Andre Baumann, Philipp Daus (Project Manager Small Hydro bei Voith Hydro), Oberbürgermeister Bernhard Ilg, grüner Kreissprecher Marco Combosch, Dezernent Georg Feth

moderner, nachhaltiger Wasserkraftnutzung in Heidenheim die Energiewende weltweit mit Spitzentechnologie und Forschung vorantreiben. Ralf Burbaum und Philipp Daus, Voith Hydro, stellten die Demonstrationsanlage StreamDiver vor, die am Firmensitz an der „Alten Bleiche“ in der Brenz zeigt, wie moderne Kleinwasserkraftwerke aussehen können. Mit dem StreamDiver kann über 95 % der Kraft des Wassers genutzt werden, der

erstmalig ohne Wasser gefährdende Ölschmiermittel auskomme. „Voith bringt Ökologie und Ökonomie zusammen. Darauf können wir stolz sein“, sagte Grath.

## Erste Etappe: bis zum Brenzpark

Beim nächsten Stopp stellten Oberbürgermeister Ilg und Holger Hammer, Vorsitzender des Brenzparkvereins, vor, wie Stadt und unzählige ehrenamtliche Aktive das ehemalige Gelände der Landesgartenschau zu einem lebendigen Zentrum Heidenheims entwickelt haben. Die Stadt stellt über 600.000 Euro für den Brenzpark bereit. Von den umfangreichen Arbeiten der ehrenamtlichen Brenzparkschaffer im Brenzpark berichtete der „Chef-Schaffer“, Bernhard Krause. Sommer-im-Park-Chefin, Eva Enslin, stellte das kulturelle Engagement im Brenzpark vor, zu dem über 18.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr kämen. Stephanie Krause, Leiterin des Grünen Klassenzimmers, ist beglückt über die neue Artenvielfalt im Brenzpark und stellte die Aktivitäten des Grünen Klassenzimmers vor: 5.500 Kindern bietet das Grüne Klassenzimmer pro Jahr ein buntes Programm rund um Umweltbildung im und am Gewässer. Dr. Werner Kienzler, Gewässerführer und Klimaexperte, stellte vor, wie Kinder und Jugendliche über den Klimawandel informiert werden und wie das Klima geschützt werden kann. „Ich freue mich, dass über das Programm KlimaschutzPlus des Umweltministeriums jährlich tausende Kinder und Jugendliche für das Zukunftsthema Klimaschutz sensibilisiert werden.“



Gewässerführer Dr. Werner Kienzler erläutert das Projekt „Klimaschutz Plus“

Kinder dürfen im Grünen Klassenzimmer Kind sein und Natur hautnah erleben“, lobte Staatssekretär Baumann. „Im Brenzpark begegnen sich Bürgerinnen

und Bürger aller Schichten und jeden Alters – und in den verschiedenen ehrenamtlichen Initiativen arbeiten Schafferrinnen und Schaffer eng zusammen. Im Brenzpark wird gesellschaftlicher Zusammenhalt gelebt.

## Zweite Etappe: bis zum Wiesenhof

Der nächste Stopp war der Wiesenhof in Itzelberg. Mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern tauschten sich die Politiker zu Landwirtschaft, Regionalvermarktung, Gewässerschutz und Biodiversität aus. Bürgermeister Michael Stütz stellte die Kulturlandschaft seiner Gemein-



von li: Gewässerführer Rainer Junginger, Frieda und Rudi Konold, Dr. Andre Baumann, Michael Stütz, Martin Grath

de rund um den Wiesenhof vor. Neben Eisvögeln sind die sehr seltenen Bekassinen in den artenreichen Feuchtwiesen entlang der Brenz gesichtet worden.

Es sei ihm und dem Gemeinderat daher ein Anliegen, die Gewässerrandstreifen mit Landeshilfe breiter zu halten als gesetzlich vorgeschrieben. Auch ging es um den neuen Wasserkrafterlass und inwieweit welche Maßnahmen getroffen werden könnten, um die Durchgängigkeit von Gewässern zu gewährleisten. Andre Baumann und Martin Grath sicherten hier weitere Gespräche zu, um Möglichkeiten auszuloten.

Gastgeber Rudi Konold, Chef des Wiesenhofs Itzelberg, erklärte, die bürokratische Belastung und Auflagen im Wasserschutzgebiet seien für ihn ein großes Hindernis, die Landwirtschaft einträglich zu gestalten.

Umweltstaatssekretär Baumann berichtete, dass dies einer der seltenen Fälle sei, wo er den Wunsch einer Verbreiterung des Gewässerrandstreifens gehört habe. Das freue ihn sehr. Was die Bürokratisierung betrifft, so werde versucht „die Kirche im Dorf zu lassen“.

**Dritte Etappe: bis zum Itzelberger See**

„Schützen durch Benützen“, eröffnete Martin Grath den Austausch zum Themenbereich Gewässer- und Artenschutz versus Tourismus und Bootfahren. Eugen Oelkuch, Besitzer des Mini-golf und Bootsverleihs, erklärte, dass es sich als Irrtum erwiesen habe, dass die Tretboote die Vögel am See stö-

ren. Der Zwergtaucher brüte heute auf der falschen Seite und nicht hinter der Absperrung. Tretboote führten zu einer besseren Sauerstoffversorgung des Wassers, trügen somit zum Wachstum von Wasserkraut bei, welches wiederum Nahrung für die Zwergtaucher ist.

Der Umweltexperte und Staatssekretär Baumann bedankte sich für die offenen Worte und verwies auf die Erfolge am Itzelberger See, Natur erlebbar zu machen. Gleichzeitig verwies er darauf, dass es aus naturschutzpolitischer Sicht schon Sinn mache, Bereiche mit Vorrang auszuweisen, Bereiche für den Menschen und andere für die Natur.

**Schlussstufe: zum Brenzursprung**

Nach einer Führung am Kleinwasserkraftwerk Königsbronn begann Staatssekretär Baumann seinen Vortrag über Biodiversität. *Wahlkreisbüro Martin Grath*



*Am Brenzursprung: Michael Stütz, Dr. Andre Baumann, Martin Grath*

# Ministerin Theresia Bauer im Archäopark

Vor Ihrem Besuch im Archäopark hatte die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Theresia Bauer bereits die Weltkulturerbestätten in Schelklingen und Blaubeuren besucht. Im Archäopark begleiteten sie die Bundestagsabgeordnete Margit Stumpp, der Landtagsabgeordnete Martin Grath, Landrat Thomas Reinhardt, der wissenschaftliche Leiter des Museums, Professor Dr. Nicholas Conard und der Bürgermeister von Niederstotzingen, Marcus Bremer. Sie und einige Mitglieder des Kreisverbands wurden vom Vorsitzenden des Fördervereins Eiszeitkunst, Hermann Mader, willkommen geheißen.

Bei der Führung versuchten sich die TeilnehmerInnen u.a. im eiszeitlichen Speerwurf und lauschten dem Klang einer handgefertigten Elfenbeinflöte. Das Entzünden eines Feuers mit Feuersteinen wurde aufgrund des warmen Wetters zugunsten von Erfrischungen abgesagt.

Die Ministerin betonte wie wichtig es sei, dass die getrennt arbeitenden Museen der Weltkulturerbestätten eng zusammenarbeiten, um gemeinsam die Forschung voran zu treiben, aber auch für Besucher interessanter zu werden.

Als kleines Gastgeschenk hatte sie die Zusage von drei weiteren Stellen für wis-

senschaftliche Mitarbeiter im Gepäck, von denen zunächst eine halbe Stelle für den Archäopark eingeplant ist.

Bürgermeister Bremer und der Vorsitzende des Stiftungsvereins, Hermann Mader betonten, wie wichtig es sei, die Stadt Niederstotzingen bei den Aufgaben des Weltkulturerbes zu unterstützen. Die Ministerin antwortete, dass das Land die Kommunen nicht allein lasse. Die anstehenden Aufgaben müssten noch ausformuliert und dann an die entsprechenden Stellen weitergegeben werden. Hierfür sei „ein Kümmerer“ nötig.

*Markus Kutschera*

## Aufruf zur Kommunalwahl im Frühjahr

Liebe Freundinnen und Freunde,

Es ging – wie immer – schneller als gedacht: die politische Sommerpause ist zu Ende. So kommt auch das Tagesgeschäft wieder in Schwung: Die Suche nach den besten Kandidatinnen und Kandidaten für die

Gemeinderats- und Kreistagswahlen läuft auf Hochtouren. Unser Ziel ist es, überall zuzulegen. Wir wollen in allen Gremien, in

welchen wir bislang vertreten sind, besser vertreten sein. Wir wollen aber auch versuchen, in weiteren Gemeinden in die Gremien zu kommen. Am besten natürlich mit einer eigenen Liste, mindestens aber mit GRÜNEN Freundinnen oder Freunden.

Was wiederum heißt: Überlegt euch, ob ihr für die kommenden Wahlen in eurer Heimatgemeinde kandidieren wollt. Sprecht Freundinnen und Freunde an, die aktiv sind und die kommunalen Dinge in unserem Sinne verbessern wollen. Die Ortsvorstände und wir vom Kreisvorstand sind gerne bereit, euch zu unterstützen. Je mehr wir sind, die für unsere Ideen eintreten, desto leichter können wir unsere politischen Ziele (auch im Land und im Bund) erreichen.

In diesem Sinne: freuen wir uns auf einen spannenden Herbst – und einen fulminanten Kommunalwahlkampf im Frühjahr 2019!  
 Marco Combosch

**Ansprechpartner:**

**Gerstetten, Herbrechtingen, Sontheim, Giengen, Niederstotzingen, Hermaringen, Nattheim**

*Marco Combosch*  
 marco.combosch@gruene-heidenheim.de  
 07321 353 09 25

**Heidenheim**

*Stefani Schall-Uhl*  
 stefani.schall-uhl@gruene-heidenheim.de

**Steinheim**

*Daniel Eichmeister*  
 danie.leichmeister@gruene-heidenheim.de

**Königsbronn**

*Mike Herkt*  
 koenigsbronn@gruene-heidenheim.de

**Dischingen**

*Markus Kutschera*  
 markus.kutschera@gruene-heidenheim.de

**Wahlkampfkoordinator**

*Johannes Paus*  
 paus@gruene-ostwuerttemberg.de



# Stefani Schall-Uhl zu Stadionverkauf – Hansegispass – Gewerbegebiete Königsbronn und Rinderberg

Diese drei Schlagworte nehme ich zum Anlass, neugierig zu machen auf unsere Arbeit im Heidenheimer Gemeinderat.

Natürlich haben wir uns mit viel mehr Themen beschäftigt und die Diskussionen um die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Jahr 2019 stehen wie jedes Jahr im Herbst auch wieder an.

Trotzdem will ich mich diesen drei Themen hier etwas genauer widmen.

**Stadionverkauf:** dem hat unsere Fraktion einstimmig zugestimmt, weil uns die Argumente dafür überzeugt haben, wohl wissend, dass manche und mancher in der Bürgerschaft das anders sehen. Zwei Millionen Euro zu bekommen und dann für immer Ruhe zu haben vor Geldforderungen für weitere Investitionen, seien es nötige Sanierungsarbeiten, Erweiterungen, Verbesserungen, oder auch einfach Versicherungsbeiträge, die bei einer so großen Immobilie auch ganz schön ins Kontor hauen....Dass natürlich die Jahrespacht, die der FCH an die Stadt zu zahlen hatte, viel zu gering ange-

setzt war und dass das in 2014 nochmals erneuert worden war, ist höchst ärgerlich, ganz klar! Das können wir aber leider nicht ändern, darum weg mit dem Ding. Wir hoffen jetzt bloß, dass der Deal endgültig eingetütet wird und dass der FCH uns künftig mit weiteren Forderungen verschont. Mittragen würden wir da sicher nichts mehr.

**Hansegispass:** der Gemeinderat hat mehrheitlich zugestimmt, dass nun eine Planung für diese Straße vorgenommen werden soll. Damit ist noch lange kein Baubeschluss erstellt und es könnte sein, dass das Ergebnis der vorläufigen Planung einen Bau der Straße evtl. negiert. Natürlich sind unserer Fraktion mehrheitlich schon der Aufwand und die Kosten für die Planung zu viel, bzw. unnötig, aber es gibt eben auch gute Argumente dafür, diese Planung zu machen und dann hat man Zahlen und Fakten auf dem Tisch.

**Interkommunales Gewerbegebiet Königsbronn-Heidenheim:** Dem haben wir nicht zugestimmt, wir haben mit zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen klar

gemacht, dass das ewige Ausspielen von Arbeitsplatzschaffung kontra Flächenfraß mit uns nicht zu machen ist. Das gilt auch für das Gewerbegebiet Rinderberg, das wir ablehnen, weil uns zehn Hektar Wald ein viel zu großes Opfer sind dafür, dass nicht ein produzierendes Gewerbe, sondern ein riesiges Logistikzentrum dort geplant ist. Leider stehen wir in diesem Gemeinderat immer sehr allein mit unseren Positionen, aber das ficht uns nicht an, unsere Argumente sind für uns stimmig und die positiven Rückmeldungen vieler Menschen in Heidenheim ermutigen uns sehr, unserem Kurs treu zu bleiben.

An dieser Stelle sage ich auch ausdrücklich all denen Danke dafür, dass sie uns kritisch wie auch ermutigend in unserer Gemeinderatsarbeit unterstützen und begleiten. Die Verbindung zu unserer Basis – Partei wie Sympies – ist für uns sehr wertvoll, macht weiter so!

Und: helft mit, für die kommenden Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 wieder starke Grüne Listen in den Städten, Gemeinden und im Landkreis aufzustellen.

*Stefani Schall-Uhl*



*Sportlich, sportlich.... ging es für einige Grüne Mitglieder Mitte September her. In Zang haben sie zum ersten Mal gemeinsam das Deutsche Sportabzeichen abgelegt. Dabei regnete es goldene, silberne und auch bronzene Abzeichen. Wieder einmal konnten die Grünen fernab von politischen Diskussionen teambildend agieren und kamen einhellig zum Schluss: Has to be repeated!*

## Spenden

Unsere Arbeit in Heidenheim ist vollständig ehrenamtlich.

Damit wir diese Zeitung aber auch Veranstaltungen, Plakate, Infomaterialien bereitstellen können, brauchen wir deine finanzielle Unterstützung. Egal ob 1 € oder mehr. Deine Spende hilft uns bei unserer Arbeit.

Alle Infos zum Spenden findest du unter:  
<https://gruene-heidenheim.de/spenden/>

Spendeninformationen:  
Bündnis 90/Die Grünen Heidenheim  
IBAN: DE80 6329 0110 0154 3760 00  
BIC: GENODES1HDH  
Vielen Dank!



## Termine

Fr.	21.09.	18:00	KV-Sitzung Hotel Linde, Großes Nebenzimmer, St.-Pöltener-Str. 53
Fr.	21.09.	20:00	Kreismitgliederversammlung im o.g. Hotel
Sa.	06.10. und		
So.	07.10.		LDK Konstanz
Mi.	10.10.	20:00	KV-Sitzung, Gaststätte Adlerstube, Neresheimer Straße 8-16, Nattheim
9. - 11.11.	2018		BDK Leipzig
Dezember			Weihnachtsessen (Termin & Einladungen folgen)
So.	06.01.2019		Winterwanderung (Uhrzeit und Ort folgen)
Mo.	11.03. 2019		Maria Heubuch, MdEP in Heidenheim
So.	26.05. 2019		Kommunal- und Europawahl

## Impressum

Bündnis 90/Die Grünen, Schnaitheimer Str. 40, 89520 Heidenheim, Tel. 07321-3530925  
Sprecher: Marco Combosch  
[m.combosch@web.de](mailto:m.combosch@web.de), Mobil 0151-64012193

*Wenn du zukünftige Ausgaben der GRÜNS per Mail erhalten möchtest, oder keine Ausgabe mehr zugesendet bekommen möchtest, dann melde dich bitte unter [info@gruene-heidenheim.de](mailto:info@gruene-heidenheim.de)*